

## **Motion Graber Michèle und Mit. über die langfristige Finanzierung des demografieabhängigen Ausgabenwachstums**

eröffnet am 13. Dezember 2016

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine langfristige Strategie zur Finanzierung der steigenden demografieabhängigen Ausgaben des Kantons zu entwickeln und dem Kantonsrat darüber Bericht zu erstatten. Dabei sollen auf der Basis der Annahmen des Bundes über das zukünftige Wirtschaftswachstum und den zu erwartenden Migrationssaldo die folgenden Fragen beantwortet werden:

1. Wie hoch ist gemäss der Prognose des Regierungsrates bis im Jahr 2030 die jährliche Wachstumsrate der demografieabhängigen Ausgaben des Kantons (Alterssicherung, Gesundheit, Langzeitpflege und Bildung) unter der Annahme der heutigen Gesetzgebung und des heutigen Leistungsniveaus (sogenannte No-policy-change-Annahme)?
2. Wie hoch ist gemäss der Prognose des Regierungsrates bis im Jahr 2030 die jährliche Wachstumsrate der Einnahmen des Kantons unter der Annahme einer konstanten Steuerbelastung (gemäss heutigem Steuerfuss und heutiger Steuergesetzgebung)?
3. Wie stark verändert sich das Verhältnis zwischen demografieabhängigen Ausgaben und den gesamten Einnahmen des Kantons unter den in den Punkten 1 und 2 getroffenen Annahmen?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat, die zusätzlichen demografieabhängigen Ausgaben zu finanzieren?
5. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die steigenden demografieabhängigen Ausgaben nicht zu einer Verdrängung der Ausgaben für andere Aufgabenbereiche führen?

### Begründung:

Mit Leistungen und Strukturen 1 und 2 sowie dem KP 2017 dienen die kurzfristigen Lücken zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schliessen. Gemäss den Langfristperspektiven 2016 des Eidgenössischen Finanzdepartementes werden die demografieabhängigen Ausgaben der Kantone, das heisst die Ausgaben für Alterssicherung, Gesundheit, Langzeitpflege und Bildung, im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) massiv steigen. Dabei steigen insbesondere die Ausgaben für die Alterssicherung, die Gesundheit und die Langzeitpflege, welche gegenwärtig 12 Prozent des BIP betragen, deutlich stärker als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. Ohne korrigierende Massnahmen würde durch dieses Ausgabenwachstum die Schuldenquote (Schulden in Prozent des BIP) der Kantone und Gemeinden von 17,2 Prozent im Jahr 2013 auf 28,7 Prozent im Jahr 2030 und auf 56,6 Prozent im Jahr 2045 steigen. Der Handlungsbedarf, um ab 2020 die Schuldenquote stabil zu halten, beträgt für die Kantone und Gemeinden 1,6 Prozent des BIP. Bezogen auf das BIP 2015 würde dies jährliche Einsparungen oder Mehreinnahmen in der Höhe von 10 Milliarden Franken zur Folge haben.

Die demografieabhängigen Ausgaben des Kantons Luzern und seiner Gemeinden betragen rund 3,5 Prozent der entsprechenden Ausgaben sämtlicher Kantone und Gemeinden. Unter der vereinfachten Annahme, dass dieser Anteil in der Zukunft gleich hoch bleibt, müssen somit der Kanton Luzern und seine Gemeinden gegenüber heute jährlich rund 350 Millionen Franken einsparen oder mehr einnehmen, damit die Schuldenquote stabil gehalten werden kann.

Graber Michèle  
Hess Markus  
Baumann Markus  
Huser Barmettler Claudia  
Hunkeler Yvonne

Krummenacher-Feer Marlis  
Bernasconi Claudia  
Schmassmann Norbert  
Roth Stefan  
Wyss Josef